

**Rede
der Sprecherin für Frauenpolitik**

Dr. Thela Wernstedt, MdL

zu TOP Nr. 28

**Haushaltsberatungen 2017/2018 –
Haushaltsschwerpunkt Soziales, Frauen, Familie,
Gesundheit und Migration**

während der Plenarsitzung vom 13.12.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

ich möchte zwei wichtige Themen ansprechen zur Gleichstellung ansprechen.

Im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz haben wir festgelegt, dass wieder mehr Gleichstellungsbeauftragte in den Kommunen hauptamtlich angestellt werden müssen. Wir werden zusätzlich 80 Gleichstellungsbeauftragte in Niedersachsen haben, die hauptamtlich in ihre Behörde und in ihre Kommune hineinwirken für Gleichstellung am Arbeitsplatz, für Gleichstellung im Handeln der Kommune und für kreative Ideen, die Arbeit und das Wirken von Frauen in den Blick rücken.

Ich möchte bei der Gelegenheit noch einmal auf das wunderbare Projekt FrauenOrte hinweisen, das wir mit mehr Geld ausgestattet haben und das wesentlich von den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, aber inzwischen auch von vielen Kommunen unterstützt wird. Besonders intensiv wird die Zusammenarbeit in Ostfriesland gepflegt, wo die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sogar einen Runden Tisch entwickelt haben (Emden, Leer, Aurich, Norden), um FrauenOrte voranzutreiben. FrauenOrte ist eine Initiative des Landesfrauenrates Niedersachsen e. V., die das Leben und Wirken bedeutender historischer Frauenpersönlichkeiten lebendig werden lässt und einer breiteren Öffentlichkeit bekannt macht. Die Initiative will dazu beitragen, dass Frauengeschichte und Frauenkultur einen festen Platz im Spektrum kulturtouristischer Angebote erhalten.

Die FDP empfiehlt in ihren Haushaltsvorschlägen den Kahlschlag. Streichen von einer Million Euro bei den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten. Das passt auch zu den Äußerungen, die bereits in diesem Jahr vom Abgeordneten Oetjen gemacht worden sind.

Die FDP in Niedersachsen hat immer noch nicht begriffen, dass wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fortschritt nur mit der Arbeitskraft und Phantasie von Männern und Frauen gleichermaßen zu erreichen ist. Es geht hier um die Zukunftsfähigkeit Niedersachsens.

Schade um diese einst stolze liberale, für Bürgerrechte eintretende Partei. Die kürzlich verstorbene Hildegard Hamm-Brücher hatte sicher Gründe, warum sie noch in hohem Alter ausgetreten ist. Sie hätte passende Worte für eine FDP-Fraktion gefunden, die es nicht für nötig hält, auch nur eine einzige Frau in die Bundesversammlung zu entsenden.

Wer nur noch auf Männer setzt wie die FDP, braucht auch keine Forschung zu Gender-Themen. Mann macht einfach weiter wie seit Jahrhunderten. Perspektivenwechsel, Aufklärung, Austausch von Argumenten und Streitbares Erringen von Positionen scheint die FDP für gesellschaftliche Fortschrittsfragen nicht zu benötigen. Gut, dass Sie keine Regierungsverantwortung tragen.

Ein leider sehr wichtiges Thema ist nach wie vor die Gewaltausübung gegen Frauen bis hin zu Tötungsdelikten. Europaweit, in Deutschland insgesamt und auch in Niedersachsen, hat jede dritte Frau in ihrem Leben Gewalt erlitten. 2015 wurden in Niedersachsen sieben Frauen von ihren Partnern oder ehemaligen Partnern sogar getötet. Bis Ende November 2016 wurden neun Frauen hier in diesem Bundesland getötet.

Wir haben alle zur Kenntnis nehmen müssen, welcher furchtbare Fall von Gewalt in Hameln verübt worden ist. Ein männlicher Gewalttäter hat die Öffentlichkeit für seine Gewaltausübung gesucht und hat der Frau, seinem eigenen Kind, der sozialen Umgebung und dem Rechtsstaat deutlich gemacht, dass er das Gewaltmonopol des Staates nicht anerkennt, sondern selber Recht spricht und von ihm selbst gesetzte Strafen bis hin zur Todesstrafe ausführt.

In meinem eigenen Wahlkreis ist eine 21-jährige junge Frau auf einer Hochzeit erschossen worden, weil sie einer arrangierten Beziehung nicht zugestimmt hat, übrigens ebenso wenig wie ihr Vater. Eine andere junge Frau, die frühmorgens ihren Hund spazieren geführt hat, wurde von ihrem ehemaligen Freund nach einem kurzen Wortwechsel mit Säure im Gesicht schwer und entstellend verletzt. Die Folgen wird sie ein Leben lang ertragen. Dennoch meistert sie ihr Leben mit großartigem Mut.

Die Arbeit, Frauen und in weniger Fällen auch Männer vor Gewalt zu schützen, sie aufzuklären und zu stabilisieren, ist nach wie vor eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Wir tragen dem Rechnung und stellen im Doppelhaushalt insgesamt 3,75 Millionen Euro für die Frauenhäuser, Fachberatungsstellen gegen Gewalt, und BISS-Stellen mehr ein. Die entsprechende Richtlinie wird überarbeitet und tritt Anfang des kommenden Jahres in Kraft.

Ein Leben ohne Gewalterfahrung zu leben, ist Menschenrecht.

An dieser Stelle möchte ich mich bei den gleichstellungspolitischen Sprecherinnen der anderen Fraktionen für die freundschaftlichen und konstruktiven, wenn auch nicht immer einvernehmlichen Beratungen im Ausschuss bedanken.